

BLICKPUNKT PLENUM

22. bis 25. November 2016

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde
im Hessischen Landtag



Generaldebatte zum Haushalt 2017

In der Generaldebatte zum Haushalt 2017 hat unser Fraktionsvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel erneut gefordert, die **Gebühren für Kindertagesstätten abzuschaffen**. Er forderte den Ministerpräsidenten auf, sich an sein Versprechen zu halten: Vor der Landtagswahl hatte Bouffier, wie auch die Hessen-SPD angekündigt, die Gebühren für den Besuch von Kindertagesstätten komplett streichen zu wollen. Vor dem Hintergrund der prognostizierten Rekordergebnisse ist es jetzt Zeit, die Ankündigungen in die Tat umzusetzen!

Weitere Schwerpunkte der Haushaltsdebatte:

Einzelplan 03 – Inneres und Sport: Der Innenminister führt das Besoldungsdiktat für die hessischen Beamtinnen und Beamten fort, indem er auch für 2017 an einer Besoldungserhöhung von lediglich einem Prozent festhält. Das beweist die Geringschätzung der wertvollen Arbeit, u.a. unserer Polizeibeamtinnen und –beamten, durch die Landesregierung. Angesichts von drei Millionen Überstunden -trotz bundesweit höchster Wochenarbeitszeit von 42 Stunden- braucht Hessen dringend zusätzliche Polizeibeamtinnen und –beamte, was wir schon seit Jahren fordern.

Darüber hinaus hat Hessen nach unseren Schätzungen im nächsten Jahr weniger Polizeibeamte im Dienst als vom Innenminister angekündigt. Die Polizei geht am Stock und braucht Unterstützung. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, ihre ‚Placebo-Politik‘ zu beenden, die hessischen Polizistinnen und Polizisten endlich angemessen zu bezahlen (sie stehen bundesweit am unteren Ende der Verdienstsкала) und den Polizeidienst in unserem Land für Bewerberinnen und Bewerber wieder attraktiv zu machen!

Einzelplan 04 – Schule und Bildung: Den Schulen werden immer mehr Aufgaben auferlegt, doch die angemessene Ausstattung fehlt. ‚Der Pakt für den Nachmittag‘ ist eine Mogelpackung, da Eltern und Kommunen dafür zahlen und er somit der ‚Einführung eines schwarzgrünen Schulgelds für den Nachmittag‘ gleichkommt. Echte Ganztagschulen sehen nach Überzeugung der SPD-Landtagsfraktion anders aus!

Mit einem Ausbauprogramm für Schulsozialarbeit in Höhe von sechs Millionen Euro will die SPD das soziale Miteinander an Schulen fördern, Lehrkräfte entlasten und die Kommunen unterstützen. Mit den zusätzlichen Mitteln soll erreicht werden, dass in den nächsten Jahren an allen Schulen in Hessen mindestens ein Sozialpädagoge/eine Sozialpädagogin tätig ist.

Der Lehrermangel in Hessen wächst zusehends, insbesondere im Bereich der Sonderpädagogik und der inklusiven Beschulung. Von weitsichtiger Gewinnung neuer Pädagogen keine Spur! Jahrelang hat die Landesregierung Lehrkräfte mit immer wieder befristeten Lehrverträgen hingehalten. Abwanderung in andere Bereiche bzw. Bundesländer war die Folge.

Wir wollen eine Versorgung mit Förderschulkräften von 1:100 (Lehrer/Schülerverhältnis) erreichen. Mit diesem Stellenzuwachs muss ein Programm zur Steigerung der Aus- und Weiterbildungskapazitäten für das Förderschullehramt verknüpft sein. Leider haben CDU und Grüne unsere Initiativen hierzu bisher immer abgelehnt.

Die falsche Schwerpunktsetzung der Landesregierung zeigt sich auch daran, dass im Haushalt allein 1,5 Millionen Euro dafür eingeplant sind, das neue Schülerticket zu bewerben, das doch eigentlich ein Selbstläufer sein sollte. Der PR-Etat für das Schülerticket übersteigt damit den

Wahlkampfetat der Grünen um das Dreifache. Wir fordern, den PR-Etat für das Schülerticket um mindestens eine Million Euro zu kürzen, nicht zuletzt damit der grüne Verkehrsminister Tarek Al-Wazir in Zukunft nicht jeden dritten Tag in der Werbung erscheint ;-).

Einzelplan 05 - Justiz: Nachdem ab dem Jahr 2003 im Rahmen der sogenannten ‚Operation Düstere Zukunft‘ erst 800 Stellen und später in einem weiteren Abbauprogramm bis zu 400 Stellen abgebaut werden sollten, hat die Landesregierung endlich ein Einsehen und lenkt ein. Gerade in diesen Zeiten brauchen wir eine starke Justiz und einen starken Rechtsstaat! Die Polizei beklagt seit langem, dass wegen Personalmangel viele Verfahren nicht bzw. nicht zeitgerecht verhandelt werden.

Einzelplan 06 - Finanzen: Trotz sprudelnder Einnahmen ist für Euphorie kein Platz, denn Hessen hat in den dunklen Jahren der CDU-geführten Regierungen viel versäumt, das nachgeholt werden muss. So liegt die hessische Steuerverwaltung im Vergleich zu den anderen Bundesländern bei der Personalausstattung auf dem vorletzten Platz. Die Versäumnisse der Landesregierung im Kampf gegen die Steuerhinterziehung füllen ganze Register.

Die Investitionsquote in Hessen ist mit 400 Euro pro Einwohner historisch niedrig. In Bayern und Baden-Württemberg liegt sie doppelt so hoch. Auch die Investitionsquote der Kommunen hat den niedrigsten Stand seit 25 Jahren erreicht. Dies ist das verheerende Ergebnis des neuen kommunalen Finanzausgleichs, der Investitionen nicht berücksichtigt.

Die Steuer-Rekordeinnahmen in diesem Jahr sollten von der Landesregierung dazu genutzt werden, endlich mehr zu investieren und den Kommunen eine bessere Finanzausstattung für dringend benötigte Sanierungsmaßnahmen zukommen zu lassen.

Einzelplan 07 – Wirtschaft und Verkehr: Heute gilt es, die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung für morgen zu schaffen. Bei dieser wichtigen Frage von gestaltender Landespolitik bleiben die Antworten der schwarz-grünen Landesregierung unzureichend. Während es notwendig wäre, die Verkehrswende mit Herzblut voranzutreiben, regiert bei Schwarz-Grün die Lust- und Tatenlosigkeit.

Jetzt rächt sich, dass allein bei Hessen Mobil (Straßenbauverwaltung) zwischen 2011 und 2014 über 300 Stellen abgebaut wurden. Selbst der Verkehrsminister muss eingestehen, dass neue, qualifizierte Mitarbeiter kaum noch zu bekommen sind. Deshalb hat die externe Vergabe von Ingenieurleistungen in Hessen inzwischen ein Allzeithoch von 54 Mio. Euro erreicht. Hier erweist sich wieder einmal, dass Personalabbau der falsche Weg zur Kostenreduzierung ist. Denn Hessen schafft es häufig nicht, Planungsarbeiten für vom Bund finanzierte Straßenbauprojekte fristgerecht abzuschließen. Es besteht die Gefahr, dass nicht alle vorhandenen Mittel verplant bzw. verbaut werden können und schlimmstenfalls sogar zurückgegeben werden müssen. Weil zu wenig geplant wird, werden zu wenige Straßen saniert bzw. gebaut.

Gute Arbeit am Frankfurter Flughafen: kein Sozialdumping durch Ryanair

Es ist gut und richtig, dass die Fraport AG als Betreiberin des Flughafens nach Wegen sucht, Beschäftigung zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir bezweifeln aber, dass eine Fluggesellschaft Ryanair mit ihrem Geschäftsmodell für ein Wachstum sorgt, das den qualitativen Ansprüchen guter Arbeit gerecht wird. So wirft z.B. die Gewerkschaft UFO Ryanair vor, dass sie ihren Mitarbeitern in Cockpit und Kabine absolute Niedriglöhne zahle, gültige Sozialstandards unterlaufe, Piloten einschüchtere und für ihre Mitarbeiter den Abschluss einer deutschen Krankenversicherung ebenso verhindere wie den Erwerb von Ansprüchen auf Rente oder Arbeitslosengeld. Nach unserer Überzeugung dürfen solche Praktiken an keiner Arbeitsstätte in Hessen einen Platz haben - ganz besonders dann nicht, wenn das Land Hessen maßgeblich beteiligt ist. Wir verlangen ein klares Bekenntnis der Landesregierung gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse am Luftverkehrsstandort Frankfurt.

Außerdem haben wir die Landesregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in Europa die Sozialstandards in der Luftfahrt nicht immer weiter ausgehöhlt werden: Es darf nicht länger möglich sein, dass Flugbegleiter und Piloten aus Drittländern angestellt werden, die über Leiharbeitsfirmen aus Singapur und Bangkok beschäftigt werden! Auch sollte es in Europa (besser noch global) endlich Festlegungen geben, wie lange Piloten ohne Pause fliegen dürfen.